

Nr. 20/314

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung Kenntnis.

Nr. 20/315

**„Es ist die Stunde der gemeinsamen Verantwortung!
Resolution der Bremischen Bürgerschaft zur Bekämpfung der Corona-Pandemie“**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE und der CDU
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/676](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, auf wie viel die Menschen in Bremen und Bremerhaven seit Beginn der Pandemie verzichten mussten, zollt ihren Anstrengungen Respekt und dankt ihnen für ihre bisherige Bereitschaft, die einschränkenden Maßnahmen mitzutragen, umzusetzen und sich dadurch auch ganz persönlich einzuschränken.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert gleichzeitig weiter an die Einsicht, das Verständnis und die Vernunft der Menschen in Bremen und Bremerhaven, in dieser Situation nicht nachzulassen und auch die jetzt anstehenden schwierigen Schritte solidarisch zu leben. Diese gelebte Solidarität aller ist jetzt und in Zukunft existenziell wichtig.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht erneut ihren Dank und ihre Anerkennung gegenüber allen Beschäftigten der Behörden, Institutionen und Unternehmen aus, die für die Bewältigung der Corona-Krise unverzichtbar sind und mit hoher Leistungsbereitschaft Dienst für unser Gemeinwesen leisten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Verständigung der Länder mit dem Bund auf einheitliche Maßnahmen. Sie unterstützt die in den Beratungen am 28. Oktober 2020 getroffenen Festlegungen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ausdrücklich die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Entschädigungen für Unternehmen, die in besonderer Weise von dem November-Lockdown betroffen sein werden.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) erachtet es als erforderlich, dass gleichzeitig insbesondere auch diejenigen unterstützt werden müssen, die von den bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht oder nur unzureichend erfasst werden.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Maßnahmen des Senats zur Bewältigung dieser Krise und bekräftigt ihre eigene Rolle als Gesetzgeberin und öffentliches Forum in Zeiten der Pandemiebekämpfung. Das Vertrauen der Menschen in das Handeln des Staates muss durch Transparenz erhalten und durch die von der Bevölkerung gewählten Abgeordneten, ihrer Stellvertretung in der Bürgerschaft, gestärkt werden.

8. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Verfassungs- und Geschäftsausschuss, gemeinsam mit dem Senat zu prüfen, ob und wie das Parlament zukünftig stärker in das Regierungshandeln durch Verordnungs- und Verfügungserlass eingebunden und seine Kontrollfunktion dadurch gestärkt werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Bürgerschaft (Landtag) zur Sitzung im Dezember 2020 zu berichten. Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss wird darüber hinaus gebeten, spätestens zur Dezember-Sitzung einen Vorschlag zu erarbeiten, in welcher organisatorischen Form das Parlament fortlaufend durch den Senat über die Corona-Entwicklung zu unterrichten ist.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Corona-Krisenstab des Landes Bremen weiterzuentwickeln, zu einer langfristigen Krisenorganisation aufzubauen und zu etablieren, und diese mit der Aufgabe der ressortübergreifenden Steuerung und Koordination der notwendigen Maßnahmen zu betrauen.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Abstimmung mit Bund und Ländern eine langfristige Strategie zum Umgang mit dem Corona-Virus zu entwickeln. Darin sollte eine Abschätzung der Fortdauer des Infektionsrisikos, ein Konzept zum Schutz von vulnerablen Bevölkerungsgruppen, die fortlaufende Aktualisierung der Impfstrategie für das Land Bremen sowie Kontakt- und Verhaltenshinweise zum Umgang miteinander für die Zeit nach dem aktuellen Teil-Lockdown enthalten sein.
11. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die zeitnahe Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter auch bei schwankenden Fallzahlen kurzfristig wieder sicherzustellen. Hierzu sind alle verfügbaren personellen Ressourcen zu bündeln und darüber hinaus im Wege der befristeten Abordnung die Kapazitäten der Kontaktnachverfolgungsstellen der Gesundheitsämter kurzfristig bedarfsgerecht aufzustocken.
12. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, für die konsequente Durchsetzung der ab dem 2. November 2020 geltenden Regelungen im Sinne aller Menschen in Bremen und Bremerhaven Sorge zu tragen.

Nr. 20/316

Zweiten Lockdown verhindern – mildere Alternativen prüfen, bisherige Regeln endlich konsequent umsetzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.